

Separatismus- und Sezessionsbewegungen in Europa

Roland Sturm

Zusammenfassung

Die politikwissenschaftliche Forschung hat die automatische Bevorzugung des Nationalstaats gegenüber regionenbezogener Politik nicht überwunden. Aus demokratietheoretischer Perspektive bleibt es aber unerlässlich, sich mit den Formen nationalistischer Selbstbestimmung in Europa und der Welt zu beschäftigen, will man die Logik der alltäglichen Mehrebenenpolitik verstehen.

Die normativen Fragen

Der Nationsbias in der Politikwissenschaft, also die mangelnde Aufmerksamkeit für subnationale territoriale Logiken, findet sich auch bei der Beurteilung von Unabhängigkeitsbewegungen. Begründungspflichtig ist die Region, die den Staatsverband verlassen will, nicht der Nationalstaat, der seinen Besitzstand wahrt. Die normativ negative Sichtweise der Sezession ändert sich, wenn diese Erfolg hat. Der „Zerfall“ Jugoslawiens oder der Sowjetunion, beispielsweise, hat u.a. gleichberechtigte Mitgliedstaaten der Europäischen Union produziert, denen niemand mehr ihre „separatistische“ Vergangenheit vorhält. Die normative Unsicherheit und Unklarheit im Urteil macht es so schwierig, Sezessionsbewegungen einzuordnen und zu vergleichen, denn niemand kann zum Beispiel voraussagen, ob und wann Schottland oder Katalonien unabhängig werden.

Eine weitere Schwierigkeit besteht hinsichtlich der Identifikation von Triebkräften, die den Separatismus befördern. Hintergrund von Sezessionsforderungen ist die „nationale Frage“.¹ Damit gemeint ist die doppelte Annahme, dass es zum einen klar



Prof. i. R. Dr. Roland Sturm
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft.

definierbare nationale Einheiten von Völkern gibt, die zum anderen darunter leiden, dass ihnen die ihnen zustehende (natürliche) Form von Nationalstaatlichkeit verwehrt wird. Sie sind „stateless nations“. Politisches Ziel ist der Nationalstaat, wie er sich seit dem 18. Jahrhundert herausbildete, auch wenn Anhänger des Sezessionismus ihre Forderungen nach Staatlichkeit gerne mit historisch weiterreichenden Rückgriffen begründen und Gegner von Sezessionsbewegungen die Relevanz historischer Rechtfertigungen bestreiten, insbesondere wenn diese nicht auf vergangener Macht und Autonomie gründen. In der deutschen Philosophie bei Hegel und Engels, beispielsweise, wurde „geschichtslosen Völkern“ das Recht auf neue Staatlichkeit abgesprochen.² Der mit der Forderung nach einem eigenen Staat verbundene Nationalismus ist das Produkt kommunikativer Konstruktion³, welches auch realitätsferne Mythen und übertriebene Erwartungen an die positiven Effekte von nationaler Selbstbestimmung mobilisiert.

Ein weiteres Problem: Sezession lässt sich nicht unmittelbar in Parteiensystemen abbilden. Sie ist keine Position auf der politischen Rechts-Links-Achse, bestenfalls eine Sonderform des Zentrum-Peripherie-Konflikts. Nationale Unabhängigkeit wurde in der Vergangenheit von Rechten bis Rechtsradikalen gefordert, die die vergangene Größe ihrer Nation und die glorreichen Zeiten ihrer Eigenständigkeit priesen. Auch die politische Linke sah im Sezessionismus eine gestaltende Kraft, um den Kapitalismus zu überwinden und sozialistische Alternativen, wie beispielsweise Pierre Joseph Proudhons Kooperativenbewegung, zu ermöglichen. Die auf der Linken regelmäßig auftauchende Frage, zuerst die nationale Revolution (Sezession) oder die soziale (möglichst weltweit) wurde regelmäßig zugunsten der ersteren Option entschieden.

Gegner von Unabhängigkeitsbewegungen sehen diese durch ihren Widerstand gegen Aktionen des Zentralstaats in ihren Handlungen delegitimiert. Aktuell verbindet sich der Sezessionismus mit zwei Aspekten, die Unabhängigkeitsbewegungen zu extremistischen Bewegungen machen können, nämlich einerseits die Gewaltfrage und andererseits die Wiederentdeckung identitärer Politik. Bekennen sich Unabhängigkeitsbewegungen zur Gewalt als Mittel ihrer Politik ist der Extremismusbefund eindeutig. In Westeuropa hat sich hier ein weitgehender Wandel vollzogen. War Separatismus, beispielsweise im Baskenland, auf Korsika, in Südtirol oder in Nordirland Mitte bis Ende des vorigen Jahrhunderts regelmäßig mit Anschlägen auf Personen und vor allem Sachen verbunden, haben sich diese Regionalbewegungen heute auf den friedlichen Streit um Kompetenzen und Ressourcen eingelassen.

Die Verbindung von nationaler Selbstbestimmung und Identitätspolitik hat ebenfalls einen Wandel erlebt. Was als nationale Selbstbehauptungspolitik begann, beispielsweise im kanadischen Québec der 1960er Jahre, das vor allem in Schottland und Katalonien zum Vorbild wurde, ging über zu Debatten zu Gruppenrechten und inklusivem Nationalismus, welcher eher als großes „Zelt“ für alle, denn als separatistisches Lager funktioniert. Territoriale Politikkonzepte verbinden sich mit sozialen Fragen, Fragen der Gerechtigkeit und Debatten um die Leistungsfähigkeit von Zentralstaaten.⁴ Im britischen Fall kamen neue Legitimitätsfragen hinzu, wie beispielsweise nach der Berechtigung der Regierung in London, Schottland aus der EU zu führen, entgegen des Mehrheitsvotums des schottischen Volkes. Identitätspolitik verbindet sich

hier nicht mehr mit der Erwartung, Differenz sei zu respektieren, sondern mit der Erwartung, dass Differenz aus allgemein anerkannten Grundpfeilern von Demokratie entsteht.

Die Formen nationalistischer Selbstbestimmung reichen von Akkommodation, also der Akzeptanz regionenbezogener Sonderregelungen als Dauerzustand, oder, im Rahmen klar definierter exit-Regeln, über Formen des Föderalismus bis hin zu internationalen Garantien regionaler Autonomie, die die Frage nach dem zu der Region gehörenden Nationalstaat schlicht ausklammert (Tabelle 1).

Tabelle 1: Formen nationalistischer Selbstbestimmung in Europa

Form	Fälle
<i>Akkommodation</i> als Dauerzustand	Baskenland, Elsass, Bretagne, Korsika, Regionen in Rumänien
als Prozess	Schottland, Schweizer Jura
<i>Föderalismus</i> unitarisch dezentralisiert symmetrisch asymmetrisch	Bayern Belgien Schweiz (Spanien, Vereinigtes Königreich) ^a
<i>Internationale Garantien</i>	Südtirol, Nordirland

^anach Eigenbeschreibung nicht föderal

2. Wer sind die Sezessionisten? Warum Sezession?

Wer sind die Sezessionisten? In der Literatur finden sich vier Hypothesen, die sich vor allem mit dem sozialen Hintergrund von Sezessionisten und ihren Kernanliegen beschäftigen. Das erste Erklärungsmuster für Sezessionismus ist die Persistenzhypothese. Sie geht davon aus, dass die gesellschaftliche Kraft, die hinter Separatismusforderungen steht, schon immer existierte (Ethnonationalismus). Es handele sich dabei um eine ethnische Gruppe, deren Existenz und Identität unbestritten sind, und die nun nach langer Periode politischer Unterdrückung ihre Rechte einfordert. Talcott Parsons⁵ beobachtete schon in den 1970er Jahren: „the intensification of feelings of both ethnic solidarity and ‘rights’ that have been involved in a number of recent movements [...], some of which approach the boundary line of political separatism.“ Einige Autoren folgen Max Weber, der feststellt, dass sich der Begriff der „ethnischen“ Gemeinschaft bei exakter Begriffsbildung „verflüchtigt“ und dem der „Nation“ entspricht.⁶ Einen Mittelweg schlägt Anthony D. Smith vor, der sich die persistente ethnische Gemeinschaft als Quell, aber auch nur als Teilmenge des zum Separatismus führenden Nationalismus vorstellen kann.⁷

Das zweite Erklärungsmuster ist die Politisierungshypothese. Der latente innerstaatliche Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie wird wahrgenommen und aktualisiert. Es entstehen periphere, substaatliche Minderheiten oder einfach „new nationalisms“.⁸ Die Separatisten argumentieren, dass sie aus subjektiven oder objektiven

Gründen zu einer eigenen Nation gehören. Die subjektive Argumentationslinie beruft sich in der Regel auf die einschlägige Beobachtung von Ernest Renan aus dem Jahr 1862⁹, dass über nationale Zugehörigkeit durch ein *plébiscite de tous le jour* entschieden wird, einzig allein die individuelle Entscheidung zähle. Die objektive Argumentationslinie beruft sich auf Gruppengemeinsamkeiten wie Sprache, Religion oder Geschichte, wobei im schottischen Fall die Abwesenheit politisierter sprachlicher Spezifika, trotz heutiger Bemühungen um das Gaelische, gerade im Vergleich mit anderen Nationalbewegungen (z.B. der walisischen) bemerkenswert ist.

Ein drittes Erklärungsmuster ist die Heimathypothese. Hier entsteht die Unterscheidung zwischen uns und den anderen. In seiner essentialistischsten Form führt dies zu der Annahme eines „territorialen Imperativs“, der von einer biologischen Notwendigkeit der Herkunftssicherung ausgeht. Kurz zusammengefasst heißt dies bei Patricia Mayo beispielsweise: „Man is a social animal who needs his own territory“.¹⁰

Eine weitere Erklärung für Sezessionismus ist die Ausbeutungsthese. Sie bezieht sich darauf, dass regionaler Reichtum durch die Zentralregierung abgeschöpft wird, was dazu führt, dass Nationen in schlechteren Bedingungen leben als sie müssten, könnten sie die Früchte ihrer Bemühungen ernten. Dies spielte u.a. eine Rolle in der schottischen Geschichte. Von 1974 bis 1979 regierte in London die Labour Party, die allerdings keinerlei Anstalten machte, ihre politische Hochburg in Schottland in besonderer Weise am neuentdeckten schottischen Ölreichtum zu beteiligen. Die schottische Nationalpartei SNP erkannte ihre Chance und führte die Wahlkämpfe 1974 mit der Parole „It’s Scotlands oil“. Vielen Tausend Schotten, so eine Publikation von 1975¹¹, wurde zum ersten Mal klar, dass sie mit ihrem Reichtum aus dem Meer nicht nur auf ihren eigenen Füßen stehen konnten, sondern auch in den Genuss eines Teilen Englands vergleichbaren Lebensstandards kommen konnten. Bis heute spielt die Überzeugung, dass man als wirtschaftlich erfolgreicher Teil eines Landes über Gebühr zum Wohlergehen anderer Landesteile beitragen müsse, eine große Rolle für den katalanischen, aber auch den flämischen Nationalismus.

Sezessionstheorien sind meistens in einer schwierigen Lage, wenn sie den sozialen Hintergrund von Sezessionisten konkret benennen sollen. Einfache „rational choice“-Erklärungen der Motivation von Separatisten, solange sie ökonomisch verkürzt sind, verbieten sich (trotz der Ausbeutungsthese). Monokausale Erklärungen gibt es nicht. Sicher braucht der Nationalismus einen Kontext, aber auch einen Auslöser, der diesen politisiert. Anthony Smith hat eine wichtige Konstellation der heutigen nationalistischen Elitenbildung einleuchtend geschildert: Er sieht diese situiert „uneasily between unviable native traditions and the unfulfilled promises of a rationalist modernity. In this crisis of identity and purpose, some turn away from assimilation into the dominant society. Instead, they try to discover their own roots and thereby to raise the prestige and position of their own ethnic community“¹².

In den Akkomodationsmodellen, denen es an entsprechenden Akteuren fehlt, ist die Koexistenz beispielsweise kultureller Vielfalt und politischer Zentralität durchaus möglich. Es ist irreführend, wie dies Tobeau¹³ tut, den historischen Institutionalismus als „roadmap“ für die Entwicklung von Regionalismus/Nationalismus zugrunde zu legen, was zu einer unheilvollen terminologischen Vermischung von Regionalismus

und Nationalismus führt (Toubeau benutzt den Begriff „regional nationalism“), v.a. aber zu einer deterministischen Verpflichtung des Nationalismus in Belgien, Spanien und dem Vereinigten Königreich Teil eines „holding together“-Föderalismus zu sein und – was noch wichtiger ist – zu bleiben. Die Idee, dass der Föderalismus Sezession verhindere, ist nicht neu oder originell, aber dennoch unbewiesen, ein Gegenbeispiel wäre die Tschechoslowakei. Hinzu kommt, dass der historische Institutionalismus, die für das Selbstbild von Staatlichkeit so wichtigen narrativen Aspekte vernachlässigt. Bestes Beispiel für die prägende Rolle von Narrativen bei dem Versuch, ein Akkommodationsmodell zu etablieren, ist Belgien, das mit der Verfassung von 1994 den „Einheitsstaat“ durch einen „Föderalstaat“ ersetzte.

Wer also sind die Akteure, die sich für Sezession einsetzen? In der Literatur¹⁴ werden hier in erster Linie die Parteien diskutiert, die sich die Forderungen des Separatismus zu Eigen machen. Ähnlich wie bei Populisten ist es schwer, eine separatistische Parteifamilie zu identifizieren: Die programmatische Ausrichtung reicht von eher konservativen Parteien, wie der flämischen N-VA (Nieuw-Vlaamse Alliantie), über sozialdemokratische Parteien, wie der schottischen SNP (Scottish National Party) bis hin zu antikapitalistischen linken Parteien, wie der katalanischen ERC (Esquerra Republicana de Catalunya). Sicher sind auch separatistische Parteien strategisch orientiert und versuchen, das Beste aus ihren parlamentarischen Erfolgen zu machen, insbesondere wenn sie einflussreich bei der Regierungsbildung (wie in Belgien und Spanien) sind. Man sollte allerdings nicht, wie Sonia Alonso dies tut, das Kind mit dem Bade ausschütten. Sie reduziert nationalistische Parteien zu Stimmenmaximierern: „My argument abandons the whole idea of their uniqueness as defenders of the eternal flame of national liberation and sees them as vote-maximizing actors in competition with main-stream left-wing and right-wing parties“.¹⁵ Diese Voreingenommenheit kann nicht erklären, warum in Spanien Parteivertreter für ihre Position ins Gefängnis gehen, oder warum die SNP, trotz bequemer Regierungsmehrheiten in Schottland, die Unabhängigkeitsfrage nicht ruhen lässt.

3. Antworten des Nationalstaates und seiner Parteien

Legt man den Fokus von Analysen zu sehr auf die nationalistische Bewegung/Partei besteht immer die Gefahr, dass der Kontext, in dem diese handelt, unterschätzt wird. Separatismus fordert den Zentralstaat heraus, der Zentralstaat hat aber auch Antworten, die von Ignoranz über Akkommodation bis hin zu Repression reichen. Letztere muss nicht militärischer Art sein, sie kann auch historisch gewachsen sein (Michael Hechter¹⁶ nennt dies „internal colonialism“) oder sich struktureller Unterordnung durch beispielsweise Mechanismen gesellschaftlicher Schließung verdanken (bei Hechter: „cultural division of labor“). In europäischen Rechtsstaaten sollten die Verfassung und bei ihrer Interpretation Verfassungsgerichte ausreichend Sicherheit für einen geregelten Prozess der Willensbildung geben. Das ist aber problematisch, wenn eine solche Verfassung nicht existiert (wie im Vereinigten Königreich), diese selbst häufig geändert wurde, also sozusagen im Fluss ist, wie in Belgien, oder in ihrer (ein-

seitigen) Auslegung als Fremdkörper empfunden wird, wie in Katalonien oder im Baskenland.

Der Zentralstaat reagiert nicht nur auf substantielle Herausforderungen, wie den Wunsch nach einer Dezentralisierung von Kompetenzen. Mindestens ebenso wichtig ist, wie Basta¹⁷ herausgearbeitet hat, die symbolische Herausforderung, die in der Form der Anerkennung des Minderheitennationalismus besteht. Mit Symbolen ist ein breites Spektrum von Manifestationen der Differenz gemeint, die sich Nationalbewegungen zu Eigen machen. Dieses reicht vom Flaggenstreit und Paraden zum Gedenken an historische Ereignisse, z.B. in Nordirland, bis zur Grundsatzfrage der Anerkennung als Nation, wie in Katalonien oder im Baskenland.

Die Reaktion des Zentralstaats ist auch eine Reaktion der gesamtstaatlichen Parteien. Diesen steht eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung, die den Nationalismus, auch wenn dies nicht vorhersehbar ist, beschwichtigen oder anfeuern mögen. Gesamtstaatliche Parteien nehmen Nationalismen erst beim Überschreiten einer bestimmten elektoralen Schwelle wahr oder, wenn diese für ihren Machterhalt relevant werden. Im Detail spielen hier auch Faktoren wie das Wahlsystem eine Rolle. Die SNP, beispielsweise, gehörte noch lange Zeit nach ihrer Gründung im britischen Parteiensystem zur „lunatic fringe“, dem „verrückten“, nicht ganz ernstzunehmenden Rand. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte Robert D. McIntyre die SNP. Bei Nachwahlen im Wahlkreis des Speakers des britischen Parlaments, für die die anderen Parteien sich an ein Stillhalteabkommen hielten, gelang es McIntyre 1945 in Motherwell den Wahlkreis zu gewinnen und einen Sitz für die SNP im britischen Parlament zu erobern. 1950 bei den regulären Parlamentswahlen war alles wieder vorbei. Erst in den 1960er Jahren wurde die Partei durch einen weiteren Nachwahlsieg 1967, diesmal in Hamilton (Winifred Ewing), wieder als politische Kraft wahrgenommen. Der „große Erfolg“ der Partei war zuvor, wie Hanham¹⁸ zutreffend formulierte, von ihrer Gründung 1942 bis 1964 überlebt zu haben.

Heute ist die SNP eine etablierte politische Kraft in Schottland, wozu drei politische Entwicklungen führten: 1. Die Renaissance des Nationalismus in den 1970er Jahren, 2. Der Protest gegen die Tory-Fremdherrschaft in den 1990er Jahren und 3. Die Mobilisierung durch das Unabhängigkeitsreferendum in den 2010er Jahren, sowie durch die Regierungsverantwortung in Schottland seit 2007. Die gesamtstaatlichen Parteien reagierten mit einer weitreichenden Dezentralisierungspolitik (Devolution) auf die Erfolge der SNP und ließen 2014 sogar ein Unabhängigkeitsreferendum zu. Sie änderten ihre schottischen Parteiorganisationen und traten in Wettbewerb mit der nationalistischen Partei in Schottland. Der Wettbewerb gesamtstaatlicher Parteien um den regionalen Wähler und vor allem um die Legitimität von Nationalismusforderungen wird von jenen gesamtstaatlichen Parteien als gefährlich abgelehnt, die entweder in den betroffenen Nationen chancenlos sind oder aus prinzipiellen Gründen, wie beispielsweise die spanische Partido Popular (PP), den Minderheitennationalismus nicht anerkennen. Für die PP gilt, wie auch für einige andere Staaten, die aus der französischen Verfassung stammende Norm, dass das Staatsgebiet „une et indivisible“ zu sein habe. Als gefährlich werden Konzessionen an nationale Minderheiten deshalb angesehen, weil Parteien wie die PP nicht an deren stabilisierende Wirkung glauben,

sondern sie als erste Schritte zur Auflösung des Staatsverbandes sehen. Lerneffekte sind auch bei einer rigorosen Ablehnung substaatlicher Autonomie möglich, wenn man beispielsweise die Positionen der britischen Labour Party zur Devolution seit den 1970er Jahren bis heute vergleicht, aber nie freiwillig, und prinzipielle Vorbehalte gegen den Sezessionismus bleiben erhalten.

Der weitere Kontext für europäische Nationalisten ist die Europäische Union. Sezession erscheint in einem anderen Licht, wenn sie nicht mehr als Separatismus, also Abtrennung, gedacht wird, sondern als „interne Sezession“¹⁹, also Neuorganisation von Grenzen innerhalb eines weiter bestehenden Staatsverbandes, in diesem Fall der Europäischen Union. Dies ist ein anspruchsvolles Modell, denn es setzt voraus, dass die internen Grenzen in der EU nur noch wenig Bedeutung haben und die konkreten Grenzziehungen deshalb auch zur Disposition stehen. Die EU muss also eine gewisse Staatsqualität haben. Die Drohungen gegenüber Schottland, ein erfolgreiches Referendum zur Unabhängigkeit würde das Land aus der EU zwingen (was ironischerweise gegen Schottlands Wunsch, trotz Ablehnung der Unabhängigkeit, geschah) und ein spanisches Veto gegen ein unabhängiges Schottland in der EU wären nicht mehr möglich. Das Entstehen des Kantons Jura in der Schweiz folgt dem internen Sezessionsmodell, das beispielsweise auch die indische Verfassung erlaubt. Die Hoffnung von Sezessionsbewegungen, beispielsweise in Katalonien, wäre, dass die EU Regeln für die interne Sezession, ähnlich wie die Regel für den EU-Austritt, entwickelt und dass nicht nur alleine Spanien, sondern die Organe der EU in den Entscheidungsprozess einbezogen wären. Separatismus sollte ersetzt werden durch „independence in Europe“, eine Forderung, die zuerst in Wales formuliert wurde. Interne Sezession sollte also den Bruch, durch die externe Sezession ersetzen. Für einige Nationalisten, wie den flämischen, der im belgischen Staatsverband die Frage der Zukunft Brüssels nach der Sezession nicht lösen kann, wäre dies eine willkommene Lösung. Für den schottischen Nationalismus ist die Nach-Brexit-Ära Neuland. Hier ist die externe Sezession nun Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft. Die Verbindung von pro-EU-Positionen und Positionen pro-Unabhängigkeit ist in Schottland bereits deutlich enger geworden.²⁰

4. Lernen wir dazu?

Die Antwort auf die Frage, ob die öffentliche Debatte in Zukunft neutraler mit dem Thema Sezession umgeht, muss skeptisch betrachtet werden. Selbst föderale Ordnungen sind mit dem von der Zentralregierung immer wieder betonten „Sachzwang“ bedroht, dass Einheitlichkeit der Vielfalt überlegen sei. Das ist nicht bewiesen, aber die Stimmen der 1970er Jahre, die auf die Vorteile von Kleinheit und Selbstbestimmung hingewiesen haben, wurden leiser. Die emphatischen Verfechter einiger Minderheitennationalismen bleiben uns zwar erhalten. Der Nationalstaat erstarkt aber und bestimmt, was „Normalität“ sei. Sezessionismus bleibt aus dessen Sicht zuvörderst „abweichendes Verhalten“ – die Beantwortung der Machtfrage ersetzt die demokratischere nach dem Volkswillen. Der Blick über Europas Grenzen zeigt, dass damit we-

der Stabilität garantiert werden kann, noch das Ende von Separatismus eingeläutet wird. Vielleicht sollte man sich bei der Beurteilung von Sezessionsbewegungen wieder an die seit dem 18. Jahrhundert zur Verfügung stehenden Vertragstheorien als grundlagenschaffende Begründungen für Gemeinwesen erinnern. Verträge können gekündigt, aber auch erneuert und verbessert werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. u.a. Éric Bélanger/Richard Nadeau/Ailsa Henderson/Eve Hepburn, *The National Question and Electoral Politics in Quebec and Scotland*, Montreal/Kingston 2018.
- 2 Zur Diskussion vgl. Roman Rosdolsky, *Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen Völker“* (Die Nationalitätenfrage in der Revolution 1848-1849 im Lichte der „Neuen Rheinischen Zeitung“) (1948), in: *Archiv für Sozialgeschichte* 4(1964), S. 87-282.
- 3 Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M./New York 1988.
- 4 Vgl. Scott L. Greer (Hrsg.), *Territory, Democracy and Justice. Regionalism and Federalism in Western Democracies*, Basingstoke 2006.
- 5 Talcott Parsons, *Some Theoretical Considerations on the Nature and Trends of Change in Ethnicity*, in: Nathan Glazer/Daniel P. Moynihan (Hrsg.), *Ethnicity Theory and Experience*, Cambridge (Mass.) 1975, S. 53-83, hier S. 67.
- 6 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922), 5. Aufl., Tübingen 1980, S. 242.
- 7 Vgl. Anthony D. Smith, *The Ethnic Revival in the Modern World*, New York 1979, S. 85.
- 8 Vgl. Roland Sturm, *Nationalismus in Schottland und Wales. Eine Analyse seiner Ursachen und Konsequenzen*, Bochum 1981. Werner Link/Werner J. Feld (Hrsg.), *The New Nationalism. Implications for Transatlantic Relations*, New York 1978.
- 9 Ernest Renan, *What is a Nation?*, in: Alfred Zimmern (Hrsg.), *Modern Political Doctrines*, London 1939, S. 186-205.
- 10 Patricia E. Mayo, *The Roots of Identity. Three National Movements in Contemporary European Politics*, London 1974, S. 1.
- 11 Vgl. James P. Nicolson, *Shetland and Oil*, London 1975, S. 190.
- 12 Anthony D. Smith, *Nationalism in the Twentieth Century*, New York 1979.
- 13 Vgl. Simon Toubeau, *Restructuring the State: Mainstream Responses to Regional Nationalism*, in: *Publius: The Journal of Federalism* 48(1), 2017, S. 76-101.
- 14 Vgl. z.B. Glen M.E. Duerr, *Secessionism and the European Union. The Future of Flanders, Scotland, and Catalonia*, Lanham, MD 2015.
- 15 Sonia Alonso, *Challenging the State: Devolution and the Battle for Partisan Credibility. A Comparison of Belgium, Italy, Spain and the United Kingdom*, Oxford 2012, S. 6.
- 16 Vgl. Michael Hechter, *Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development, 1536-1966*, Berkeley 1975.
- 17 Vgl. Karlo Basta, *The State between Minority and Majority Nationalism: Decentralization, Symbolic Recognition, and Secessionist Crises in Spain and Canada*, in: *Publius: The Journal of Federalism* 48(1), 2017, S. 51-75.
- 18 H.J. Hanham, *Scottish Nationalism*, Cambridge (Mass.) 1969, S. 179.
- 19 Cgl. Ferran Requejo/Klaus-Jürgen Nagel, *Democracy and Borders: External and Internal Secession in the EU*, Euroborders Working Paper Series 14, September 2017.
- 20 Vgl. David McCrone, *Who's European? Scotland and England Compared*, in: *The Political Quarterly* 90(3), 2019, S. 515-524, hier S. 522.